

Kommunalpolitikerinnen im Volksstaat Hessen während der Weimarer Republik

Helke Dreier, M.A.

Im Fokus dieses Projekts stehen die Frauen, die zwischen 1918 und 1933, den Jahren der Weimarer Republik, bei den Gemeinde-, Stadtverordneten-, Kreis- und Provinzialtagwahlen im Volksstaat Hessen kandidierten und als gewählte Vertreterinnen in die Kommunalparlamente einzogen.

Der 1918/19 gegründete Volksstaat Hessen gliederte sich in drei Provinzen: Oberhessen, Starkenburg und Rheinhessen. Zu diesen Provinzen zählten 18 Kreise mit insgesamt 977 Gemeinden. Einzelne Gebiete, vor allem in Rheinhessen, standen bis 1930 unter französischer Besatzung. Wahlen fanden auf Kreis-, Provinzial-, Gemeinde- und Stadtebene statt.

Obwohl während des Zweiten Weltkriegs viele Akten verbrannten und die Überlieferungssituation zu Beginn des Projektes als schwierig eingestuft wurde, ergaben mehrere Archivbesuche im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt sowie in den Stadtarchiven Bensheim und Offenbach am Main wider Erwarten eine reiche Ausbeute an Material. Ca. 9.000 Dokumentenscans bzw. -fotos, die die Wahlhandlungen im Untersuchungszeitraum zum Thema hatten, konnten erstellt werden. Vor allem die Akten der Zentralstelle für Landesstatistik im Hessischen Staatsarchiv stellten sich als wahre Fundgrube heraus. Ergänzend zu diesen Archivmaterialien wurden zeitgenössische regionale Printmedien auf Berichte zu Wahlen oder zur Tätigkeit kommunaler Parlamente durchgesehen, u. a. das Darmstädter Tagblatt, die Hessische Landeszeitung, der Hessische Volksfreund, das Hessische Regierungsblatt sowie verschiedene Amtsverkündigungsblätter der Kreise und Gemeinden, soweit sie überliefert sind.

Die bislang erfolgte Auswertung der Quellen zeigt u. a., dass die Kommunalpolitikerinnen der Weimarer Republik im Volksstaat Hessen vor allem in den Städten erfolgreich waren, während es für Frauen in den ländlichen Gemeinden ungleich schwerer war, auf die Wahlvorschlagslisten zu gelangen und damit eine Chance zu bekommen, in die Gemeindeparlamente einzuziehen. In vielen ländlichen Gemeinden waren die Wahlvorschlagslisten nicht nach Parteien organisiert, sondern nach Personen oder auch berufsständisch. Erst langsam setzten sich auch in den ländlichen Gemeinden Parteien als Trägerinnen politischer Prozesse durch. Für die Städte kann zudem festgehalten werden, dass viele der Kandidatinnen aus der Frauenverbands- und Wohlfahrtsarbeit kamen und bereits vor ihrer Kandidatur kommunalpolitisch aktiv waren. Ob und wie es diesen Frauen gelang, ihre soziale und fürsorgerische Arbeit als Mitglieder der Provinzial-, Kreis- und Gemeindeparlamente oder als Stadtverordnete in politische Arbeit umzusetzen, bleibt eine der zentralen Fragen des Projekts.

Dieses Projekt wird vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Rahmen des Förderschwerpunkts „Dimensionen der Kategorie Geschlecht — Frauen- und Geschlechterforschung in Hessen“ gefördert.